Textdokumentation

zur Veröffentlichung im Internet

über die öffentliche Anhörung

in der 23. Sitzung des

Ausschusses für Petitionen

am 16. November 2017

in Magdeburg, Landtagsgebäude

Tagesordnung: **Seite:**

Volksinitiative „Den Mangel beenden - Unseren Kindern Zukunft geben!“

Unterrichtung Landtagspräsidentin - **Drs. 7/1923**

Anhörung 3

Anwesende:

Ausschussmitglieder:

Abg. Christina Buchheim, Vorsitzende	DIE LINKE
Abg. Jens Diederichs	CDU
Abg. Dietmar Krause	CDU
Abg. Florian Philipp	CDU
Abg. Andreas Schumann	CDU
Abg. Lydia Funke	AfD
Abg. Hannes Loth	AfD
Abg. Volker Olenicak	AfD
Abg. Monika Hohmann	DIE LINKE
Abg. Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen	SPD
Abg. Dr. Verena Späthe	SPD
Abg. Wolfgang Aldag	GRÜNE

Ferner nehmen Vorsitzender Thomas Lippmann und Abg. Angela Gorr (CDU) als Mitglied des Ausschusses für Bildung und Kultur, Vorsitzender Olaf Meister, Abg. Kristin Heiß (DIE LINKE) und Abg. Swen Knöchel (DIE LINKE) als Mitglied des Ausschusses für Finanzen und Abg. Hendrik Lange (DIE LINKE) als Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung an der Sitzung teil.

Von der Landesregierung:

vom Ministerium für Bildung:

Minister Marco Tullner

Textdokumentation:

Stenografischer Dienst

Vorsitzende Christina Buchheim eröffnet die Sitzung um 10:06 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Zur Tagesordnung:

Volksinitiative „Den Mangel beenden - Unseren Kindern Zukunft geben!“

Unterrichtung Landtagspräsidentin - **Drs. 7/1923**

Mit Schreiben vom 13. September 2017 haben sich fünf Vertrauenspersonen mit einem Antrag auf Behandlung einer Volksinitiative „Den Mangel beenden - Unseren Kindern Zukunft geben!“ an die Präsidentin des Landtages von Sachsen-Anhalt gewandt und am selben Tag ihr persönlich die zugehörigen Unterschriftsbögen überreicht. Angenommene Volksinitiativen, die keinen Gesetzentwurf zum Inhalt haben, werden im Landtag gemäß § 39b der Geschäftsordnung des Landtages behandelt.

Vorsitzende Christina Buchheim: Einen wunderschönen guten Morgen. Ich begrüße die Mitglieder des Petitionsausschusses, die Mitglieder der Fachausschüsse, die zur heutigen Sitzung eingeladen wurden, Herrn Minister Tullner sowie die anderen Vertreter der Landesregierung, insbesondere die Vertreter der Volksinitiative und die drei Vertreter des Landesrechnungshofes.

Es besteht die Absicht, den Mitgliedern der Fachausschüsse ein Rederecht einzuräumen. Bestehen seitens des Petitionsausschusses hiergegen Bedenken? - Das sehe ich nicht. Dann können wir so verfahren.

Ich stelle fest, dass vier Vertrauenspersonen der Volksinitiative anwesend sind. Ich begrüße nochmals ganz herzlich Frau Eva Gerth, Frau Thekla Mayerhofer, Herrn Thomas Jaeger und Herrn Dr. Sören Messerschmidt.

Anwesend sind auch Mitglieder des Ausschusses für Bildung und Kultur, des Ausschusses für Finanzen, des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung, Herr Minister Tullner und Vertreter des Ministeriums für Bildung, des Ministeriums der Finanzen und des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung.

Bevor wir mit der Anhörung beginnen, weise ich auf Folgendes hin. Die Anhörung erfolgt auf der Grundlage des § 9 Abs. 2 des Volksabstimmungsgesetzes. Danach werden angenommene Volksinitiativen, die keinen Gesetzentwurf zum Inhalt haben, an den Petitionsausschuss überwiesen. Dieser hört die Vertrauenspersonen der Volksinitiative an.

Der Landtag hat die Volksinitiative mitberatend an den Ausschuss für Bildung und Kultur sowie an den Ausschuss für Finanzen überwiesen. Der Ausschuss für Petitionen hat in der 22. Sitzung am 2. November 2017 beschlossen, auch den Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung einzuladen.

Bevor wir mit der Anhörung beginnen, muss ich Ihnen folgende Hinweise geben und Sie entsprechend belehren, weil es sich um eine öffentliche Anhörung handelt. Geladene Gäste werden entsprechend der Geschäftsordnung des Landtages in öffentlicher Sitzung angehört. Über die öffentliche Sitzung wird eine Niederschrift angefertigt. Es besteht die Absicht, Niederschriften über öffentliche Sitzungen im Internet zu veröffentlichen. In der Anwesenheitsliste haben Sie die Möglichkeit, sich hinsichtlich der Veröffentlichung des Namens zu erklären. Sie können also Ihr Einverständnis geben oder erklären, dass Sie mit der Veröffentlichung Ihres Namens nicht einverstanden sind. Ich bitte Sie, sofern Sie es nicht bereits getan haben, diese Erklärung in der Anwesenheitsliste abzugeben. Ihr Wunsch wird bei der Anfertigung der Niederschrift berücksichtigt.

Ich schlage folgenden Ablauf für die öffentliche Sitzung vor. Zunächst werden wir den Vertrauenspersonen der Volksinitiative das Wort erteilen. Im Anschluss daran können die Abgeordneten den Vertrauensleuten Fragen stellen. - Ich würde danach zunächst den Vertrauenspersonen das Wort erteilen. Mir ist angekündigt worden, dass alle vier Vertrauenspersonen das Wort ergreifen möchten. Ich schlage eine Redezeit von etwa zehn Minuten für jede Vertrauensperson vor. Mir ist angekündigt worden, dass einige möglicherweise zwei Minuten länger reden werden und andere diese Zeit nicht benötigen. Deswegen werde ich Ihnen diese Redezeit einräumen.

Ich bitte jetzt den ersten Redner zum Rednerpult. Dann können Sie mit Ihrer Rede beginnen. - Herr Jaeger, bitte. Sie haben das Wort.

Thomas Jaeger (VI): Sehr geehrte Vorsitzende Frau Buchheim! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich möchte mich erst einmal dafür bedanken, dass wir die Gelegenheit erhalten haben, auch wenn das nicht ganz freiwillig geschieht, heute vor Ihnen die Sorgen, Nöte und Inhalte der Volksinitiative darstellen zu dürfen. Ich möchte meine Redezeit nutzen, um Ihnen die Notwendigkeit für ein radikales Umdenken in der sachsen-anhaltischen Bildungspolitik zu verdeutlichen.

Kinder brauchen vielfältige Unterstützung, um die Schulzeit erfolgreich zu meistern. Elternhaus und Schule müssen eine enge Partnerschaft eingehen und intensiv miteinander kommunizieren. Das kommt letztlich allen und vor allem den Kindern zugute, sagte Stephan Dorgerloh. Er war Kultusminister und sagte das im Jahr 2014 gegenüber dem Elternratgeber.

Uns eint ein Ziel, nämlich die Schule noch besser zu machen, damit alle Kinder in Sachsen-Anhalt mit besten Chancen in ihr bestes Leben starten können. Ich möchte Sie ermutigen, sich aktiv und engagiert in den Elternvertretungen an den Schulen Ihrer Kinder einzubringen. Bleiben Sie mutig, bleiben Sie unbequem, aber konstruktiv, sagte Marco Tullner, der Kultusminister, im Jahr 2017 gegenüber unserem Elternratgeber.

Der Landtag beschließt in der 22. Sitzung am 3. März 2017 zu Punkt 2 der Drs. 7/1082: Die Landesregierung ist ebenso gebeten, mit künftigen Absolventen und Absolventinnen der Seminare für Lehrämter in Halle und Magdeburg bereits während der Ausbildung vorvertragliche Vereinbarungen zu treffen, um ihren zukünftigen Einsatz für das Land Sachsen-Anhalt zu sichern.

Was soll ich eigentlich noch glauben? Auf der einen Seite erfahre ich als Landeselternratsvorsitzender von ständig neuen Fällen von fehlender Unterrichtsversorgung. In einer noch nie da gewesenen Dimension fällt Unterricht aus, nämlich zwei Wochen pro Schüler und Schuljahr. Zum besseren Verständnis: 63 Tage Ferien, 110 Tage Wochenende. Was bleibt da noch?

Ich wiederhole mich gern: Das Schulwesen brennt. Unsere Schulen laufen am Limit mit den untersten Stundenzahlen, die rechtlich möglich sind. Wo zum Beispiel zwei oder drei Stunden des Unterrichtsfachs „Gestalten“ möglich wären, werden höchstens zwei gegeben. Die Inklusionspoolstunden, also die Stunden zur Förderung und Beschulung von betroffenen Kindern, werden für den regulären Lehrbetrieb gebraucht. Ich sage einfach, sie werden missbraucht.

Es sind keine Reservestunden mehr da. Es sind keine Vertretungsreserven durch die Schulen zu bekommen. Dann bleibt nur das Aufteilen der Klassen, und das zählt wiederum nicht als Ausfall. In den Grundschulen unseres Landes haben wir keine Unterrichtskonstanz mehr. Ein Zitat: An unserer Grundschule sieht es diese Woche düster aus. Vier Klassen und zwei kranke Lehrkräfte. Denen mache ich allerdings keinen Vorwurf. Vertretungsreserve? Was war das noch einmal? Der morgendliche Schulbeginn ist für die meisten Lehrer ein Bangen, genügend Kollegen vorzufinden, damit im besten Fall Unterricht stattfindet. Im schlechteren und häufigeren Fall erfolgt Kinderbetreuung in manchmal sogar zusammengelegten Klassen oder - das ist für viele der hier Anwesenden nicht vorstellbar - sogar Aufsicht durch Eltern und Großeltern oder Massenbetreuung in der schuleigenen Turnhalle oder Stillarbeit.

Dieser permanent wechselnde Tagesablauf spiegelt sich nicht nur im Lernverhalten unserer Kinder wieder. Wo bleibt bei diesem nie vorhersehbaren Ablauf da noch Platz für den pädagogischen Geist unserer Lehrer? Längst vergangen ist das Gefühl mehrjähriger Trautsamkeit und gemeinsames Meistern des Alltags mit den Kindern.

Was passiert an unseren Gymnasien? Wie fängt man das Defizit an Lehrern auf? Das kann ich Ihnen sagen. Doch vorher geht noch einmal mein Dank an jeden Schulleiter in unserem Land für seinen täglichen Kampf, die verbleibenden Lehrer so effizient zu koordinieren, damit die höchstmögliche Lehrerzahl vor der Klasse steht.

Wie sie ihre eigenen Lehrer schützen müssen vor stressbedingter Mehrarbeit und vor Motivationslosigkeit, verdient meine Hochachtung; denn eine Anweisung zu mehr Kon-

taktstunden vor der Klasse durch den Schulleiter ist rechtlich möglich, aber arbeitsmedizinisch eine auf Verschleiß fahrende Methode, ein Hamsterrad.

Den Job des Schulleiters möchte von Ihnen hier im Saal momentan keiner machen, glaube ich. Wussten Sie, dass der Schulleiter, wenn ein Lehrer krank wird - das ist ja menschlich -, eigenverantwortlich die Koordinierung der Stunden des ausfallenden Kollegen bis zu sechs Wochen - ich wiederhole: bis zu sechs Wochen - regeln muss? Zitat einer Grundschulleiterin: Vorher beschäftigen sich die da oben gar nicht damit.

Ich komme zum Schulleitermangel. In der Schule meiner Kinder stand in den letzten Jahren ein rentenbedingter Wechsel der Leiterinnen an. Es war logischerweise bekannt, wann der Übertritt in die Rente stattfindet. Das Schulamt, das durch uns als Elternrat immer schon vorsorglich sechs bis acht Monate vorher informiert wurde, fing erst an, nach geeignetem Ersatz zu suchen, nachdem die Schulleiterin weg war. Ist es ein Phänomen in Naumburg, dass die Grundschulleiterin der Uta-Schule und die langjährige Leiterin des Domgymnasiums plötzlich in Rente gehen und monatelang keine Nachbesetzung da ist? - Mitnichten. Liebe Abgeordnete, lassen Sie sich die Zahlen vorlegen. Ich kenne über 100 unbesetzte Schulleiterstellen.

Ich komme zum Gymnasium. Hier passiert Folgendes: Da die höherstufigen Klassen die Lehrer am dringendsten brauchen, damit die Schüler das Abitur meistern, werden dort die wenigsten Abstriche bei der Lehrerbelegung gemacht. Also schauen wir einmal in die Klassen 5 bis 7. Gang und gäbe sind hier klassenübergreifender Unterricht, Freistunden en masse, Unterrichtsstoff in vormittäglicher Heimarbeit zu Hause erlernen, Zusammenlegung mehrerer Klassen, Zusammenlegung einer Klassenstufe zu gemeinsamem Unterricht, Ausfall ganzer Fächer im Halbjahrestakt, Mathematik, Musik oder Englisch. Sie ersparen mir bitte die Liste der betroffenen Schulen. Ein Zitat: Das Schuljahr lief gut an. Aktuell sind wir sicher wieder bei maximal 90 % Unterrichtsversorgung am Gymnasium. Ich rechne nicht mehr mit.

Diese Mangelsituation erleben zum Beispiel unsere im Jahr 2006 geborenen Kinder schon als Normalität. Da haben wir die zu bewältigenden Aufgaben Integration und Inklusion noch nicht einmal aufgemacht. Der Hickhack mit unseren Förderschulen, ja oder nein, bleibt die Schule oder nicht, wird zusammengelegt oder nicht, bleibt der Förderschullehrer an meiner Schule oder wird er an sechs Regelschulen scheibchenweise Stunden geben, also so, wie es momentan Praxis ist?

Unseren Kindern geht es nicht besser. Genügend Beispiele belegen die unzureichenden Zustände an den Förderschulen. Es gibt offene Appelle an die Eltern, die Kinder zu Hause zu lassen oder krank schreiben zu lassen, unwürdige Zusammenlegungen von Förderschulkindern etc.

Und dann komme ich zu unseren hochbegabten Kindern. Was ist mit denen? Ihnen bleibt nur übrig, im Klassenverband mit dem Strom zu schwimmen. Wenn schon Korrespondenzzirkel der Begabtenförderung gestrichen werden und Arbeitsgemeinschaften, Schulprojekte und Förderunterricht wegen der Lehrereinsparpotenzialmaßnahmen entfallen, dann sind wir hier auf dem falschen Weg.

Dem hohen Anspruch, unsere Kinder mit einer soliden Bildung ins Leben zu schicken, steht der Personalabbau der letzten Jahre entgegen. Wir müssen wieder zu mehr Ehrlichkeit und Transparenz in unserem Bildungssystem kommen. Fakt ist, die Unterrichtsversorgung konnte in diesem Jahr nur durch eine Erhöhung der Klassengrößen und mit einem Abzug von pädagogischem Personal gesichert werden.

Ich erläuterte Ihnen gerade anhand Hunderter Informationen aus unserer Schullandschaft, wie schlimm es wirklich ist. Und glauben Sie mir, ich würde wesentlich mehr Minuten brauchen, um Ihnen das alles vorzutragen. An einzelnen Punkten wollte ich Ihnen jetzt einmal mit kleinen Nadelstichen zeigen, wo es brennt. Ich glaube, meine Nachredner werden das noch einmal vertiefen.

Wissen Sie eigentlich, was hier momentan passiert? Sehen Sie das wirklich nicht? Sie verlieren hier mehr und mehr die Meinungshoheit bei so wichtigen, die Menschen in unserem Land bewegenden Fragen. Es ist überhaupt nicht verwunderlich, dass die Wähler die vermeintliche Veränderung immer stärker unterstützen und dafür stimmen.

Was könnten Sie tun? Sie könnten den Beschluss fassen, dass sofort alle Voraussetzungen zu schaffen sind, die es dem Finanz-, dem Bildungs- und dem Wissenschaftsministerium ermöglichen, Personal in der geforderten Quantität zu generieren, zu akquirieren und auszubilden.

Was könnte der Finanzminister tun? Er ist nicht da heute. Er könnte einen gestaltbaren Verfügungsrahmen bereitstellen, nennen wir es ruhig einen Bildungskredit, mit dem das Bildungs- und das Wissenschaftsministerium in die Lage versetzt werden, sofort handeln zu können.

Was könnte der Bildungsminister tun? Er könnte sich wieder mit dem Finanzminister einig werden und seine Einstellungsprozedur umgehend ändern. Er müsste ein Sofortprogramm starten, dessen oberstes Ziel die Einstellung und Erfassung jedes Lehrers ist, der sich bewirbt. Also alles, was sich bewirbt, jeder Lehrer, sollte erst einmal dokumentiert werden, um zu versuchen, diese Lehrer hier im Land zu halten. Meine Kollegen aus Sachsen und Thüringen sind genauso auf Lehrersuche wie wir. Deswegen müssen wir einfach schnell sein.

Was können wir tun? Nicht eher aufhören zu kämpfen, bis wir Sie hier alle davon überzeugt haben, sämtliche Ihrer Möglichkeiten - und davon hätten Sie genügend, glauben

Sie mir -, auszuschöpfen, um die zusätzlich geforderten Lehrer und pädagogischen Mitarbeiter in unser Bildungssystem einzustellen.

Und wir hören nicht auf. Am 20. Dezember 2017 werden wir um 12.20 Uhr anlässlich der letzten Landtagssitzung in diesem Jahr auf dem Domplatz unseren Forderungen nach zusätzlichen 1 000 Lehrern und 400 pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Nachdruck verleihen. Vor dem Landtagsgebäude wird ein Weihnachtsmangelbaum stehen. Ich rufe alle Schüler, Eltern, Lehrer und alle die Volksinitiative unterstützenden Menschen auf, nehmt einen CD-Rohling, schreibt die betroffene Schule auf die Rückseite, schreibt auf die Vorderseite euren fehlenden Lehrer oder pädagogischen Mitarbeiter und sendet diese CD in einem Kuvert an den Landeselternrat nach Magdeburg. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Thekla Mayerhofer (VI): Sehr geehrte Anwesende! Sie sind Experten in Ihrem Metier. Ich bin es in meinem. Sie wissen, welche Voraussetzungen Sie für erfolgreiches, zielorientiertes und befriedigendes politisches Arbeiten benötigen. Ich weiß, was ich für meinen beruflichen Alltag brauche. Woher jedoch sollen Sie valide Informationen darüber haben, wie sich der Berufsalltag als Lehrerin gestaltet? Möglicherweise entspricht das dem gleichen Halbwissen, welches ich über Ihren Arbeitsalltag habe.

Geben Sie mir darum die Möglichkeit, Ihnen aufzuzeigen, was es bedeutet, eine ganz normale Grundschullehrerin zu sein, welche versucht, ihrem beruflichen Alltag gerecht zu werden. Oder, besser gesagt, lassen Sie mich einen winzigen Einblick in die ersten zwei Stunden meines Arbeitsalltags geben.

Bis in die Abendstunden hinein habe ich den heutigen Unterricht vorbereitet. In der ersten Stunde unterrichte ich Sport in der Klasse 4. Danach werde ich in meiner eigenen Klasse eine Unterrichtsstunde Deutsch und eine Unterrichtsstunde Mathematik erteilen, in Planarbeit. Dafür habe ich Tagespläne in fünf unterschiedlichen Niveaustufen qualitativ und quantitativ differenziert vorbereitet, um individuelles Lernen zu ermöglichen und jedem meiner 28 Kinder gerecht zu werden. Außerdem kann ich mit meiner kleinen Gruppe von fünf Migrationskindern individuell arbeiten, wenn ein Großteil der Kinder selbstständig nach Plan arbeitet.

Damit sich die Schüler und Schülerinnen handlungsorientiert mit Körpern beschäftigen können, trage ich eine große Kiste mit Alltagsgegenständen, welche andere Menschen vermutlich weggeworfen hätten, zur Schule. Ich bin extra zeitig da, um die Lernumgebung für die Schülerinnen und Schüler vorzubereiten.

Zwischen meiner ersten und meiner zweiten Unterrichtsstunde habe ich nur eine fünfminütige Pause, welche es schwierig gestaltet, wenn ich aus der Sporthalle komme und die Erstklässler eine gute halbe Stunde vor Unterrichtsbeginn allein sind und nur sporadisch von meinen Kollegen aus den Nachbarklassenräumen beäugt werden kön-

nen. Also habe ich jeder Schülerin und jedem Schüler einen Aufgabenplan auf den Tisch gelegt, sodass jeder mit der Arbeit beginnen kann, sobald er in der Schule eintrifft. Das klappt in der Regel recht gut. Die Kinder wissen ja, warum sie in die Schule kommen.

Nun heißt es, schnell nach unten. Die Viertklässler warten bereits im Klassenraum, um zum Sport gehen zu können. Unten angekommen muss ich eine heftige Auseinandersetzung zwischen mehreren Schülern klären. Eigentlich wäre bereits Unterricht in der Sporthalle, umgezogen. Doch das Problem verlangt ausgeklügeltes Krisenmanagement und viel Einfühlungsvermögen.

Fünf Minuten nach dem eigentlichen Beginn können wir uns auf den Weg zur Sporthalle machen. Nachdem wir dort angekommen sind, dürfen sich die Schülerinnen und Schüler umziehen. Jemand hat sein Sportzeug vergessen. Ich schließe schnell mein Sportlehrerzimmer auf und gebe ihm meinen Schlüssel, sodass er sich selbst die Sporttasche aus dem Schulgebäude holen kann. Umgezogen warte ich auf den Schüler, sehe in den Umkleidekabinen nach dem Rechten, stelle Bänke auf, trage Matten dahin, wo ich sie brauche und pumpe noch schnell einen Ball auf.

Die Schülerinnen und Schüler kommen. Der Unterricht beginnt und läuft. Ein Kind verletzt sich, es blutet. Ich besorge Verbandsmaterial. Dabei lasse ich die Klasse in der Sporthalle allein. Es geht nicht anders. Ich verarzte es, so gut es geht. Das Kind sitzt am Rand. Der Unterricht geht weiter. Ein Kind zieht ein anderes am T-Shirt, dieses zerreißt. Ich unterbreche den Unterricht. Wir versuchen, die Situation zu klären.

Ich werde Einträge in die Hausaufgabenhefte der Kinder machen müssen, sodass ich bedenken muss, den Unterricht fünf Minuten eher zu beenden, damit ich das geradeso noch schaffe, bevor die Unterrichtsstunde vorbei ist. Der Unterricht läuft weiter. Das Gesicht des verletzten Kindes wird blasser. Plötzlich wird ihm übel, es übergibt sich. Ich hole einen Lappen und einen Eimer und wische auf. Ein anderer Schüler begleitet das Kind in die Umkleidekabine, leistet Beistand und soll ihm ab jetzt nicht mehr von der Seite weichen.

Nun muss ich umgehend die Eltern informieren. Die Sekretärin ist noch nicht da, aber zum Glück haben wir eine. In der Sporthalle gibt es kein Telefon. Ich nutze mein Handy. Dafür lasse ich die Schülerinnen und Schüler allein. Wieder geht es nicht anders. Die Mutter geht nicht an das Telefon. Aber der Vater nimmt den Anruf entgegen. Allerdings erklärt er mir, dass leider nicht Papa-Woche sei und er also in dem Fall nicht zuständig sei.

Wiederholt versuche ich, die Mutter anzurufen. Nach zwei weiteren Versuchen habe ich Erfolg. Indes neigt sich die Unterrichtszeit dem Ende entgegen. Fast ganz nach Plan beende ich meine Unterrichtsstunde. Die Schülerinnen und Schüler ziehen sich

um, ich mich auch. Halb angezogen vernehme ich einen heftigen Streit in der Umkleidekabine. Zügig gehe ich nachsehen und schlichte das Geschehen. Während ich mich weiter umziehe, zähle ich im Kopf zusammen, was ich schnell noch erledigen muss, bevor in sieben Minuten die nächste Unterrichtsstunde beginnt. Ich bin fertig umgezogen, muss jedoch am Ausgang der Turnhalle auf einzelne Schüler warten, die sich nur sehr langsam umziehen.

Noch vier Minuten bis zum offiziellen Unterrichtsbeginn in meiner 1. Klasse. Endlich sind alle Schülerinnen und Schüler fertig. In der Umkleidekabine finde ich noch einen Schlüpfer, unbeschriftet. Ich nehme ihn mit, schließe die Turnhalle ab und eile ins Schulhaus, zuerst in die 4. Klasse. Ich mache die Hausaufgabenhefteinträge bezüglich des zerrissenen T-Shirts. Ich informiere meine Kollegin über den Sportunfall des Mädchens. Es geht ihr immer noch schlecht.

Ich will schon die zwei Etagen zu meiner Klasse hochstürmen, als mir der Schlüpfer in meiner Hand wieder einfällt. Diesen hoch haltend, versuche ich, zu klären, wessen Eigentum er ist. Es klingelt, der Unterricht beginnt und ich bin immer noch nicht in meiner Klasse. Die Schlüpferfrage übergebe ich an die Klassenlehrerin; denn ich muss los. Theoretisch müsste ich noch schnell im Sekretariat vorbei, um den Sportunfall in das Unfallbuch einzutragen. Das schaffe ich jetzt nicht. Aber ich darf es auf keinen Fall vergessen.

Auf dem Flur hält mich eine Mutter auf. Ich versuche, ihr zu erklären, dass ich jetzt wirklich keine Zeit habe und schleunigst zum Unterricht muss. Sie ignoriert das gekonnt. Wenige Augenblicke später ist es mir zwar gelungen, das Gespräch zu vertagen. Ich halte aber trotzdem einen fünfseitigen Fragebogen in der Hand, welchen ich als Zuarbeit für ein psychologisches Gutachten ausfüllen soll. Versehen ist er mit einem Klebezettel, auf welchem ein Termin für ein gemeinsames Gespräch notiert ist, welchen ich bitte ermöglichen soll, da es hier äußerst dringend und sehr wichtig ist. Darüber nachdenken kann ich jetzt nicht. Ich muss zu meiner eigenen Klasse.

- Oh, habe ich den Lehrermangel erwähnt, welcher nicht nur an unserer Grundschule existiert? Noch nicht? - Gut. Er existiert, obwohl es gar kein Mangel ist. Eigentlich ist es vielmehr gesteigerte Effizienz, die ich gleich noch deutlicher zu spüren bekommen werde.

In jenem Fall höre ich schon in der ersten Etage laute Stimmen und erahne Gewusel. Merkwürdig, eigentlich kann ich mich auf meine Klasse verlassen. Eigentlich beginnt sie selbstständig, nach Plan zu arbeiten und ich komme nur noch dazu. Heute scheint das anders zu sein. Als ich den Flur erreiche, ist mir klar, dass dieses laute Durcheinander tatsächlich aus meinem Klassenraum bzw. von dem Flur davor kommt. Von einem Schüler der Parallelklasse erfahre ich, dass deren Lehrerin heute krank ist und darum aufgeteilt worden ist, schon wieder.

Ich bahne mir einen Weg durch Ranzen und Schüler zu meinem Lehrertisch, um meinen Rucksack abzustellen. Da liegt ein wilder Haufen von Tagesplänen. Verwirrt frage ich nach, warum sie alle ihren Plan hier vorn hingelegt haben. Ach, den brauchen wir heute eh nicht, hat ihnen meine Kollegin erklärt. Wo die Materialien seien, erkundige ich mich. Die sind zusammengeschoben auf dem Fußboden, nicht ganz unversehrt.

Zeit, um mich zu ärgern, bleibt mir nicht. Ich muss schließlich die 13 Kinder der Parallelklasse erst einmal versorgen. Wir brauchen Tische. Gut, wir holen vier Tische aus dem Nebenraum. Mehr passen in den ohnehin schon engen Klassenraum nicht hinein. Die Schülerinnen und Schüler müssen wohl oder übel zu dritt auf einer Bank sitzen, anders geht es nicht.

Die Erstklässler versuchen, die Tische zu tragen. Ich muss ihnen helfen, obwohl sie sich sehr bemühen. Als endlich alles soweit zurechtgerückt ist, dass es passt, protestiert ein Kind. Es möchte nicht da sitzen, wo es sitzt. Auf meine Erklärung, dass das heute einfach leider nicht anders möglich ist, wird es wütend, schmeißt seine Schulsachen vom Tisch und beginnt zu schreien.

Ich gehe hin, hocke mich vor ihn, hebe alle seine Sache auf und erkläre ihm ruhig, dass das nun einmal die Situation ist und dass es heute nicht anders geht. Die anderen Schüler sehen mich an. Ich bitte einen Schüler, die Tür zu schließen und wende mich wieder dem Schüler zu, welcher nach meinen Erklärungen beschließt, mich zu ignorieren und sich mit seinem Stuhl einfach umdreht. Nun gut, das entschärft zumindest die Situation. Dieses Problem zu lösen hat gerade nicht Priorität.

Was unterrichte ich denn jetzt? Meinen Tagesplan kann ich vergessen. Spontan entscheide ich mich für Mathematik. Mir bleiben noch genau 18 Minuten Unterrichtszeit. Ich fordere die Schülerinnen und Schüler auf, ihre Mathematik-Materialien auf die Bank zu holen. Einige der aufgeteilten Kinder müssen zurück in ihren Klassenraum, wir warten.

Alle bis auf ein Kind sind zurück, dieses kommt nicht. Ich lasse die nun nur noch 40 Kinder allein und renne in den anderen Klassenraum. Das Kind steht vor den Schubfächern und weint. Es findet sein Mathematik-Arbeitsheft nicht. Wir suchen gemeinsam. Endlich finden wir es. Es war hinter das Fach gefallen. Zurück im Klassenraum kann es losgehen. Ich werfe schnell einen Blick in das Arbeitsheft der Kinder der Parallelklasse, um zu sehen, wie weit sie im Stoff sind, um mir zu überlegen, was wir nun machen könnten. Mir kommt eine Idee. Mit einer kleinen Übung als Einstimmung möchte ich die Unterrichtsstunde beginnen.

Gerade möchte ich einleiten, als mich die Schülerinnen und Schüler darauf hinweisen, dass dies ihre erste Unterrichtsstunde sei und wir noch das Morgenritual machen müssen. Das habe ich fast vergessen. Nachdem wir also ein schönes Herbstlied gesungen

haben, kann ich nun mit meinem Unterricht beginnen. Ich habe noch zwölf Minuten Zeit. Ich stelle die erste Aufgabe. Ein Schüler meldet sich. Ich lasse ihn zu Wort kommen. Er muss auf die Toilette. Ich stelle nochmals eine Aufgabe. Die richtige Antwort erfolgt.

Als ich eine weitere Aufgabe stellen möchte, steht ein Mädchen auf und hält sich die Hand vor die Nase. Es hat Nasenbluten. Schnell ziehe ich ein Taschentuch aus meinem Rucksack und reiche es ihr. Das reicht nicht. Ich gebe ihr weitere Taschentücher und schicke sie gemeinsam mit einem weiteren Schüler ins Bad. Hinter ihnen bleibt eine Spur aus roten Blutflecken zurück. Die Schülerinnen und Schüler unterhalten sich. Schnell wische ich das Blut weg. Es soll ja keiner hineintreten.

Ein Blick auf die Uhr zeigt mir, dass wir es gerade noch so schaffen könnten, uns die Aufgaben anzusehen und sie als Hausaufgabe aufzuschreiben; dies tun wir. Wir sind gerade fertig geworden, als es klingelt. Es ist Pause, aber nicht für mich. Ich muss mir die Arbeitshefte der Parallelklasse ansehen und mir schnell überlegen, was ich gleich mit ihnen allen im Deutschunterricht machen könnte. Das tue ich.

Die Schülerinnen und Schüler sollen frühstücken. Ein Schüler kippelt und fällt vom Stuhl, zwei weitere lachen. Die Situation droht zu eskalieren. Ich greife ein. Es ist jetzt 8:53 Uhr.

Hoffentlich vermag Ihnen dieser kleine Exkurs eine Vorstellung davon verschaffen, was es heißt, Lehrerin zu Zeiten des Lehrermangels zu sein. Ich bin allein. Ich bin sehr gut vorbereitet und trotzdem werde ich meinem Anspruch, jedem Kind optimale Bildungschancen zu offerieren und guten, gewinnbringenden Unterricht zu halten, mitnichten gerecht.

In diesem Fall kenne ich noch nicht einmal alle Namen der Kinder, die ich unterrichtet habe. Ob die Kinder etwas lernen konnten? Ich bin mir nicht sicher. Ich habe einen Eid geschworen. Ich habe geschworen, meine Kraft dem Volk und dem Land Sachsen-Anhalt zu widmen. Ich habe geschworen, Gerechtigkeit gegenüber jedermann zu üben und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen. Habe ich das getan? Kann ich das unter den mir gegebenen Bedingungen?

Ich liebe meinen Beruf, den tollsten der Welt. Ich bin enttäuscht. Das ist einfach nicht gerecht, für niemanden.

Vorsitzende Christina Buchheim: Vielen Dank, Frau Mayerhofer. Sie haben uns hier eindrucksvoll Ihren Arbeitsalltag als Grundschullehrerin geschildert. Ich denke, im Namen aller Abgeordneten hier zu sprechen, wenn ich sage, dass es für uns wirklich bewegend war. Vielen Dank.

Dann würde ich jetzt den nächsten Redner an das Rednerpult bitten. Herr Dr. Messerschmidt, bitte.

Dr. Sören Messerschmidt (VI): Sehr geehrte Anwesende! Ich möchte mich gern zu dem ganzen Komplex der Arbeit an Förderschulen und der Arbeit im Bereich der Inklusion an den Regelschulen äußern.

Vielleicht vorab eine kurze Bemerkung. Traditionell ist es schon seit sehr langer Zeit in unserem Bereich so, dass wir nur einen Teil des Personals, das uns zur Verfügung steht, auch wirklich mit einer fachlichen Ausbildung versehen haben. Ich kann es jetzt nicht genau sagen. Aber ich sage einmal, nach dem Gefühl liegt der Anteil der wirklich ausgebildeten Förderschullehrer in diesen beiden benannten Bereichen bei unter 50 %.

Das hat bestimmt verschiedene Ursachen. Zum einen, denke ich, hängt es damit zusammen, dass wir viele Jahre lang zu wenig ausgebildet haben. Zurzeit sieht es so aus, dass wir einige Förderschwerpunkte aufgrund wegfallender Lehrstühle und Professorenstellen an der Universität gar nicht mehr ausbilden. Andere Bundesländer bilden aus, aber die Absolventen kommen nicht zu uns. Die Gründe lasse ich jetzt einmal offen.

Andererseits ist es auch viele Jahre lang so gewesen, dass viele Lehrkräfte aus anderen Schulbereichen der Meinung waren, na ja, ich komme in meinem Bereich nicht ganz klar, ich gehe an die Hilfsschule, also an die Förderschule, da wird es mir leichter fallen. Das war ein Trugschluss. Viele Kollegen haben nach der Versetzung gemerkt, dass es ein hartes Brot ist, an einer Förderschule zu arbeiten.

Zurzeit müssen wir sagen, dass es an den Förderschulen, egal ob es sich um die LB-Schulen, die GB-Schulen oder um die anderen Schulen handelt, ähnlich oder genauso wie an den anderen Schulformen aussieht. Wir haben Unterrichtsausfälle und wir haben einen hohen Krankenstand. Wir laufen an vielen Schulen - ich wage zu behaupten, in den meisten Schulen - unterhalb der 100 %. Wir denken auch überhaupt nicht über die 103 % nach, die wir eigentlich benötigen würden.

Viele Schulen können die Stundentafel nicht erfüllen. Das ist ganz klar, wenn das Personal fehlt. Ich sage einmal, über solche zusätzlichen Dinge wie die Ganztagsangebote oder auch über die profilbildenden Stunden, die wir viele Jahre lang hatten, denken wir schon lange nicht mehr nach. Übrigens haben wir dieses Nachdenken schon lange vor dem Amtsantritt unseres derzeitigen Ministers eingestellt. Ich will also sagen, dass das Thema bedarfsmindernde Maßnahmen keine neue Erfindung ist. Ich glaube, das hat jeder Minister schon einmal irgendwo auf der Tagesordnung gehabt, zwangsläufig. Aber, wie sagt, besser wird es dadurch auch nicht.

Ein weiteres Problem, was wir an den Förderschulen haben, ist der Einsatz von pädagogischen Mitarbeitern. Natürlich brauchen wir die ganz besonders im Unterricht, aber noch mehr bei der Betreuung von Kindern mit schweren Behinderungen. Stellen Sie sich Folgendes vor: Wir haben eine Lehrerin - ich sehe das jeden Tag, meine Frau arbeitet an einer GB-Schule -, die acht bis neun Kinder hat. Davon sind zwei schwerstbehindert, eines sitzt im Rollstuhl, eines ist nichtsprechend.

Sie braucht eine pädagogische Mitarbeiterin. Sie kann das nicht allein realisieren. Sie muss sich um alle neun Kinder kümmern. Sie muss gleichzeitig aber auch therapeutisch tätig sein und diese zwei schwerstbehinderten Kinder betreuen, bis hin zum Toilettengang. Wenn die pädagogische Mitarbeiterin fehlt, hat sie ein Problem. Um wen kümmert sie sich, um das eine Kind oder um ihre Klasse?

Insofern brauchen wir die pädagogischen Mitarbeiter. Und es ist leider ein Fakt, dass uns gerade diese pädagogischen Mitarbeiter mit therapeutischem Aufgabengebiet an vielen Stellen fehlen.

Insgesamt müssen wir feststellen - das ist vielleicht auch nur ein Gefühl, weil man das schwer anhand von Zahlen belegen kann -, dass die Tendenz besteht, dass insbesondere die Förderschule (L), also die Förderschule für Schüler mit Lernbehinderung, zu einer sogenannten Restschule wird.

Ich versuche, das einmal kurz zu erklären. Einerseits ist es bei uns im Land so, dass wir zweigleisig fahren und die Schüler sozusagen nach der Maßgabe selektieren, wer ist inklusionsfähig, wer ist integrationsfähig und wer ist nicht integrationsfähig? Da spielt natürlich auch der Elternwunsch ein großes Stück weit eine Rolle. Aber wir schicken einen bestimmten Prozentsatz unserer Schülerinnen und Schüler an die Förderschule und wir schicken einen bestimmten Prozentsatz in den gemeinsamen Unterricht.

Auf der anderen Seite ist es so, dass wir natürlich dann auch für diese beiden Bereiche Personal benötigen. Die Erfahrung zeigt, dass sich eher die Kollegen von den Förderschulen an den Regelschulbereich abordnen oder versetzen lassen, die jünger, leistungsfähiger und engagierter sind. Das mag im Einzelfall nicht so sein. Die Tendenz ist aber so, denke ich. Wenn wir das Ganze zusammenfassen, dann stellen wir fest, dass wir zurzeit gerade in der Förderschule (L) eine Entwicklung hin zu einer sogenannten Restschule haben. Das ist eine schwierige Geschichte.

Man kann auch ein bisschen international schauen, wie so etwas aussieht, und dabei auch Erfahrungen zum Thema Restschule einholen. Das ist eine düstere Geschichte, das sage ich Ihnen.

Dann kommen wir zum zweiten Bereich, der Arbeit an den Regelschulen. Wir haben dort einen sogenannten Inklusionspool, in dem die Lehrerwochenstunden für die ver-

schiedenen Teilaufgabenbereiche zusammengefasst sind. Als wir diesen Inklusionspool eingeführt haben, gab es die Idee, dass dieser Aufgabenbereich von ausgebildeten Förderschullehrern absolviert wird, also abgearbeitet wird. In der Realität sieht es so aus, dass das nur zum Teil passiert. Wir haben einfach nicht genug Leute.

Sie denken bitte an meine eingangs gemachten Bemerkungen zum Ausbildungsstand unseres Personals. Also müssen bestimmte Aufgabenbereiche vom Stammpersonal der jeweiligen Schule übernommen werden, egal ob die Kolleginnen und Kollegen dafür eine Ausbildung haben oder nicht. Sie müssen sich also damit auseinandersetzen. Das ist klar. Sie können sich Hilfe holen. Das ist trotzdem ein schwieriges Feld.

Wenn wir uns dann die Aufgabenbeschreibung für das anschauen, was die Kollegen tun sollen und dabei im Hinterkopf haben, dass eigentlich alle Lehrerwochenstunden direkt am Kind geleistet werden sollen, stellt sich die Frage, wie das zu schaffen ist. Ich umreiße das einmal: Es muss Betreuung, gemeinsamen Unterricht, konkrete Stunden am Kind und präventive Arbeit geben, um es erst gar nicht zum Förderbedarf kommen zu lassen. Das ist ein weites Feld.

Die Diagnostik muss gemacht werden, die Förderpläne müssen geschrieben werden, die Fortschreibungsgutachten müssen regelmäßig formuliert und abgestimmt werden, die Elternarbeit ist ein ganz umfangreiches Feld der Betätigung und ein sogenannter Kompetenztransfer soll von den Kollegen vorgenommen werden, um die Kollegen, die keine Ausbildung haben, für den Aufgabenbereich halbwegs fit zu machen. Dann müssen auch noch Beratungen im weitesten Sinne erfolgen.

Nun haben wir die Kollegen vor Ort. Die sehen sich also mit einer mehrseitigen Aufgabenbeschreibung, die ich jetzt kurz mit ein paar Stichworten benannt habe, konfrontiert. Was passiert? Einmal abgesehen davon - Entschuldigung, das hätte ich fast vergessen -, dass natürlich viele Kolleginnen und Kollegen vertreten müssen, was bis dahin geht, dass sie alle Wochenstunden dafür nehmen müssen, um eine Klasse für ein halbes Jahr zu führen, weil eine Kollegin oder ein Kollege langzeiterkrankt ist. Auf dem Papier stehen aber trotzdem diese Aufgaben, die ich eben genannt habe.

Was passiert? Diese Kolleginnen und Kollegen kommen immer mehr in ein Gefühl - es mag sein, dass es manchmal nur subjektiv ist, oft ist es aber objektiv so - der Überforderung. Wir sind, denke ich, zurzeit an dem Punkt, nicht nur an den Förderschulen, sondern auch an den Regelschulen, dass wir aufpassen müssen, dass nicht das ganze Ökosystem kippt, also dass Kollegen, die früher viele Jahre lang gesagt haben, ich bin engagiert, ich bin verantwortungsbewusst, ich sehe zu, dass wir die Aufgaben leisten, egal, wie viele Wochenstunden ich habe, ich mache das einfach, was hier anliegt, sich jetzt an dem Punkt sehen, dass sie sagen, ja, wenn sowieso schon zu wenig Personal da ist und viele fehlen, dann kann ich mir und will ich mir und möchte mir das nicht

mehr zumuten. Das heißt, die Kollegen gehen in die Krankheit. Das ist das, was ich mit dem Satz meinte, wir müssen aufpassen, dass das Ökosystem nicht kippt.

Zusammenfassend möchte ich die Problematik, die wir zurzeit haben, so beschreiben: Wir haben im Prinzip eine doppelte Belastung des Ressourcenpools, der eigentlich noch nicht einmal dafür ausreicht, um eines der beiden beschriebenen Systeme komplett zu bedienen.

Vor dem Hintergrund meiner Bemerkungen möchte ich und möchten wir Sie bitten, sich auch mit dem Kernpunkt 2 der Volksinitiative auseinanderzusetzen. Der heißt, wir wünschen uns, dass der fachspezifische Personalbedarf an Förderschulen und im gemeinsamen Unterricht an den Regelschulen durch unabhängige Experten ermittelt und vom Land abgesichert wird. Ich denke, es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen das erreicht werden kann. Darüber muss man sich Gedanken machen. Ich denke, Sie haben Ideen dafür.

Gestatten Sie mir noch ein persönliches Wort am Ende. Die parlamentarische Mechanik ist immer so eine Geschichte. Wir kommen von außen, ich sage einmal, mit einer basisdemokratischen Attitüde und wissen nicht so ganz, was einen erwartet. Meine Erwartung war eigentlich, irgendwo eine Möglichkeit zum gemeinsamen Nachdenken zu bekommen. Ich bin ein bisschen enttäuscht, dass das heute hier so leider nicht stattfinden kann. Sie sitzen dort und wir stehen hier vorn und sagen unsere Meinung, verlassen dann den öffentlichen Teil der Sitzung und Sie beraten weiter. Das finde ich irgendwo ein bisschen schwierig. Das ist nun einmal so. Das ist so geregelt worden.

Ich möchte sagen, es steht von meiner Seite durchaus das Angebot - ich denke, ich kann hier auch für uns alle sprechen -, dass wir uns gern mit Ihnen dazu auch noch austauschen würden, wo auch immer und wie auch immer. Wenn Sie da Fragen und Anliegen haben, können Sie sich gern an uns wenden. Herr Jaeger hat schon die Frage in den Raum gestellt, was kann der Minister tun und was können die Entscheider tun. Vielleicht haben Sie auch Fragen an uns. Ich denke, wir haben auch noch ein paar Ideen, wie man bestimmte Dinge regeln kann. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzende Christina Buchheim: Vielen Dank, Herr Dr. Messerschmidt. Ich komme noch einmal zum Verfahren: Nachher besteht die Möglichkeit, Fragen zu stellen und in eine Diskussion einzutreten. Aber nichtsdestotrotz können Sie hier Ihr Angebot unterbreiten, dass man darüber hinaus noch in weiteren Runden ins Gespräch kommen könnte.

Dann würde ich die vierte Vertrauensperson an das Rednerpult bitten. Frau Gerth, Sie haben das Wort.

Eva Gerth (VI): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich versuche, das Ganze noch ein bisschen mit Zahlen zu untermauern, und zwar zu den einzelnen Bereichen. Es gibt eine Kleine Anfrage zum Thema „Totalausfall an Schulen“. Die ist öffentlich; insofern erzähle ich hier keine Geheimnisse, obwohl man die als Mitglied des Lehrerhauptpersonalrates natürlich auch haben könnte.

Der Totalausfall - das ist auch meine langjährige Erfahrung - steigt und korreliert mit der Unterrichtsversorgung. Im Moment beträgt der Totalausfall an Grundschulen 2,7 %, an Sekundarschulen 4,1 %, an Gymnasien 4,3 %, an Förderschulen 5,1 % und an den BBS 6,1 % des Gesamtpersonalbedarfs.

Man merkt das Ganze auch so ein bisschen mit Blick auf die Vergangenheit, nämlich wenn man darüber nachdenkt, wie der Totalausfall in Zeiten war, als wir zum Beispiel eine Unterrichtsversorgung von 105 % hatten. Da waren wir nämlich nah bei Null. Das ist für mich auch ein Punkt, an dem ich sage, das ist genau die Situation, die eigentlich wieder eintreten müsste.

Der größte Anteil dieses Totalausfalls entsteht durch Krankheit von Lehrkräften, also durch Krankheit und Kuren und eventuell noch durch die Krankheit der Kinder der Lehrkräfte, die natürlich auch noch da sind. Ca. 11 % des Unterrichts werden nicht planmäßig erteilt. Das ist, glaube ich, noch einmal eine ganz gute Untermauerung dessen, was Frau Mayerhofer vorhin auch dargestellt hat.

Auch das Folgende kann man dieser Statistik entnehmen. In Grundschulen und in Förderschulen - das beschreibt so ein bisschen auch das, was Herr Dr. Messerschmidt gesagt hat - wird der Totalausfall aufgefangen, indem man Klassen und Lerngruppen zusammenlegt. Da haben wir nämlich genau diese Korrelation Zusammenlegung von Klassen und Lerngruppen, was natürlich unsere Kolleginnen und Kollegen auch mehr belastet und letztendlich zu Krankheiten führt.

Es ist auch so, dass sich niemand für die Krankheitstage der Lehrkräfte tatsächlich interessiert. Nach der Evaluation des Kinderförderungsgesetzes liegt eine Statistik vor, die besagt, dass jede Erzieherin im Durchschnitt 21,5 Tage krank ist. Für Lehrkräfte gibt es das nicht. Da guckt keiner drauf, wie viele Tage Lehrkräfte tatsächlich krank sind. Bekannt ist nur die Zahl der Langzeiterkrankten und - ich nehme einmal die, obwohl die natürlich nicht krank sind, sondern eher eine wunderbare Tätigkeit haben - die Zahl der Lehrkräfte, die in Elternzeit sind. Das sind rund 600 Lehrkräfte. Diese Zahl steigt eher, auch durch die zunehmende Anzahl der Kolleginnen und Kollegen in Elternzeit.

Das ist, wie gesagt, eher positiv. Das ändert aber nichts daran, dass diese Kolleginnen und Kollegen in der Schule einfach nicht da sind. Die fehlen uns, sowohl die Langzeiterkrankten als auch die Lehrkräfte in Elternzeit.

Wenn man weiß, wie groß diese Zahl ist und wenn man anhand der letzten Statistiken auch herauskriegen kann, dass diese Zahl einigermaßen konstant bleibt und sich nicht wesentlich ändert, dann wäre es aus meiner Sicht dringend notwendig, dass man diese Zahl dauerhaft ersetzt, sich also sowohl für die Zahl der Krankheitstage insgesamt interessiert als auch die Zahl der Lehrkräfte in Elternzeit und in Langzeitkrankheit tatsächlich dauerhaft ersetzt.

Das heißt, in diesem großen Personalkörper wäre es möglich, dass hier entsprechend eingestellt wird. Ich sage es noch einmal, die Zahl liegt im Moment bei ca. 600. Wenn man nur einen Teil davon nutzt, wäre schon ein Teil der Forderungen der Volksinitiative erfüllt, also dass man einfach sagt, diese Zahl wird dauerhaft ersetzt.

Ein anderer Fakt ist die Einstellungspraxis des Landesschulamtes und des Ministeriums. Hier gibt es immer wieder einmal Irritationen. Auch hier gibt es Sachen, die man eigentlich nicht so richtig versteht, weder als derjenige, der seit einiger Zeit damit befasst ist und als derjenige, der von draußen drauf schaut, schon gar nicht.

Es gab da verschiedene Hinweise und verschiedene Anweisungen. Erst sollte abgewartet werden, bis alle Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst die Prüfung gemacht haben. Diese sollten dann vorrangig eingestellt werden. Jetzt nimmt man auch Seiteneinsteiger und will neu ausschreiben.

Bei der gegenwärtigen Ausschreibung sind ca. 100 Stellen von 200 Stellen, vielleicht ein bisschen mehr, noch nicht besetzt und es gibt für diese Stellen auch kaum Bewerber. Bei der Ausschreibung im Sommer war es auch so, dass 100 Stellen frei geblieben sind. Nichtsdestotrotz haben wir immer mehr Bewerber auf die scheinbar attraktiven Stellen. Das sind zum Teil Bewerber mit Lehramt, aber es sind zum Teil auch Seiteneinsteiger.

Hier möchte ich das noch einmal untermauern, was heute auch schon gesagt worden ist. Wir müssen einfach alle nehmen, die wir kriegen können. Das ist das Problem in Sachsen-Anhalt. Wir schicken immer noch zu viele weg. Es gibt immer noch zu viele Diskussionen darüber, dass bestimmte Kolleginnen und Kollegen nicht genommen werden bzw. zu spät genommen werden und dass den Kolleginnen und Kollegen im Vorbereitungsdienst Zusagen gemacht werden, die dann nicht eingehalten werden.

Wir haben also den Schriftverkehr zwischen einer Seminargruppe im Vorbereitungsdienst, dem Ministerium und dem Vorbereitungsdienst ausgewertet. Die wurden ausdrücklich aufgefordert, sich zu bewerben. Aber im Nachhinein bekommen sie eine Absage mit der Maßgabe, ihr habt zum Teil die Prüfungen noch nicht und ihr passt gar nicht auf die Stellen oder wie auch immer.

Sagen wir es einmal so, solche Aktionen dürfen einfach nicht vorkommen. Die jungen Leute müssen das Gefühl haben, sie sind in Sachsen-Anhalt willkommen und man

wartet auf sie. Aber genau das passiert nicht. Und es wird auch nicht auf Einzelfälle eingegangen. Mir liegt auch das Schreiben einer Gymnasiallehrkraft vor, die gesagt hat, ich wurde in Sachsen-Anhalt an einer Grundschule als Sprachlehrerin eingesetzt, ich kenne das System. Ich bin aus familiären Gründen gezwungen, in meiner Heimat zu bleiben. Ich würde das gern wieder machen. Ich würde mich natürlich auch qualifizieren. Aber da wird von vornherein gesagt, nein danke, sie brauchen wir nicht an einer Grundschule. Da passt die Ausbildung überhaupt nicht. Wie gesagt, sie hat das Lehramt für das Gymnasium.

Aus meiner Sicht sind vielmehr offene Ausschreibungen notwendig. Herr Tullner sagte einmal, dass die GEW diese offene Ausschreibung durchaus auch gefordert hat. Wir müssen es noch offener machen. Diese Ausschreibung war wieder nicht offen. Sie war in vielen Teilen schulscharf. Das heißt, dass wir immer wieder Kolleginnen und Kollegen, die wir nehmen könnten, die auch das Lehramt haben und die an zweiter und dritter Stelle auf der Bewerberliste stehen, nicht nehmen können und nach Hause schicken. Da sind Reserven, da finden wir weitere Lehrkräfte, die wir einstellen könnten.

Hier muss vom Landesschulamt sozusagen das Signal an alle gehen, jawohl, wir wollen euch nehmen und wir wollen mit euch gemeinsam hier in Sachsen-Anhalt Schule machen. Vor allen Dingen muss dieses Signal an unsere jungen Leute gehen, die hier in Sachsen-Anhalt ausgebildet werden.

Ich will noch einmal ein bisschen was zur Ausbildung sagen. Eine Forderung der Volksinitiative besteht darin, dass die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern und weiteren pädagogischen Fachkräften ausgeweitet wird. Ich nahm gestern an einer Veranstaltung des Zentrums für Lehrerbildung (ZLB) in Halle teil. Dieses Zentrum ist jetzt zehn Jahre alt. Da hat der Rektor Herr Sträter an die Schulen appelliert, Praktikumsplätze für Praktikanten in der ersten Phase der Lehrerausbildung zur Verfügung zu stellen. Das kann man gern machen. Damit ist die Stadt Halle aber jetzt schon überfordert, bzw. die Schulen in Halle.

Man muss auch ganz deutlich sagen, dass man die Betreuung eines Praktikanten, der von der Universität kommt und vielleicht ein paar Flausen und vielleicht auch große Ideen im Kopf hat, an den Schulen nicht einfach mal so nebenbei mit macht. Das geht einfach nicht. Dafür braucht man als Lehrkraft Zeit. Und wenn man diese Zeit nicht hat, weil man durch die Gegend hetzt, wie Frau Mayerhofer das beschrieben hat, dann findet diese Ausbildung eben nicht mehr statt. Das ist letztendlich eines der Probleme, die wir haben.

Ein weiteres Problem ist die Eigenverantwortlichkeit der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst. Die müssen also eigenverantwortlich sechs bis zehn Unterrichtsstunden erteilen und sollen damit die Unterrichtsversorgung sichern. Es wäre ja noch nicht einmal etwas dagegen zu sagen, das so zu machen, wenn man gleichzeitig die Beratungskapa-

zitäten erhöht, also dass man gleichzeitig sagt, jawohl, die Mentoren kriegen mehr Stunden, um diese Kollegen zu beraten. Jawohl, es gehen mehr Fachseminarleiter in die Schule und machen die Beratung. Aber es ist aus meiner Sicht nicht der richtige Weg, sie einfach ins kalte Wasser zu schmeißen und die Stunden für die Mentoren zu kürzen.

Und vielleicht noch eine Bemerkung zur Ausbildung von weiterem Personal. Es werden ab und zu tatsächlich ein paar Stellen für pädagogische Mitarbeiterinnen ausgeschrieben. Die eingestellten Personen sind hoch qualifiziert. Sie kommen aber nicht aus der Arbeitslosigkeit. Sie kommen von Stellen, die sie irgendwo verlassen, weil sie möglicherweise bei freien Trägern sind und weil diese Stellen nicht so attraktiv sind wie die Stellen im öffentlichen Dienst. Das heißt, wir haben auch da keinerlei Reserven für pädagogische Mitarbeiterinnen. Auch hier müsste letztendlich etwas passieren.

Wir diskutieren schon lange über die Ausbildung von Erzieherinnen, also über die Frage, wie man da effektiver vorgehen kann, ohne dass Qualitätsverluste entstehen. Auch das spielt hier eine Rolle und auch das sollte hier zumindest mit angesprochen werden. Ich sage ausdrücklich, dass da nicht nur das Sozialministerium im Boot ist. Da ist auch das Bildungsministerium im Boot; denn die Erzieherinnenausbildung erfolgt auch in der Berufsschule. Hier spielt das Bildungsministerium eher die Rolle des Bremsers. Insofern muss auch an der Stelle etwas passieren.

Ich denke, es geht darum und auch der Volksinitiative geht es darum - ich glaube, ich habe auch ein paar Reserven aufgezeigt -, jetzt mehr Lehrkräfte und pädagogische Mitarbeiterinnen einzustellen und nicht erst im Jahr 2019. Der Appell, nicht solange zu warten und auch die Schulen nicht noch ein Jahr lang warten zu lassen, indem man sie irgendwie auf einen Nachtrag zum Haushalt 2017/2018 oder auf den Haushalt 2019 orientiert, richtet sich ganz ausdrücklich an Sie. Das motiviert alles nicht und das bringt uns nicht weiter.

Ich denke, wir brauchen das Ganze jetzt und so schnell wie möglich, um den Schulen hier auch ein bisschen, ich sage es einmal so, einen neuen Hoffnungsschimmer zu geben, und zwar auch in die Richtung, ja, man hört unsere Probleme. Ich glaube, es ist auch relativ deutlich geworden, dass das sozusagen nicht nur etwas ist, was uns gerade einmal eingefallen ist. Das zeigt auch die Anzahl der Unterschriften.

Ich mache meine letzte Bemerkung. Es geht um das ganze Thema Mehrarbeit, über das hier auch schon diskutiert wurde. Mehrarbeit für Lehrkräfte ist aus meiner Sicht überhaupt nicht die richtige Möglichkeit, um mit dem Problem umzugehen. Mit all dem, was dazu schon aufgeschrieben wurde, entpuppt sich das Ganze als ein so bürokratisches Monster, dass es den Schulen überhaupt nichts bringt, und schlecht bezahlt wird sie außerdem. Also, ich glaube nicht, dass sich irgendeine Lehrkraft findet, die sich für das bisschen Geld - bei den Angaben zur Entlohnung handelt es sich dann auch noch

um Bruttobeträge - bereit erklärt, in Größenordnungen mehr Stunden zu machen. Also ich bitte Sie auch hier, grundsätzlich andere Lösungen zu finden. Es gibt solche Vorschläge und über die muss diskutiert werden. - Danke schön.

Vorsitzende Christina Buchheim: Danke, Frau Gerth. Sie haben hier noch einmal im Hinblick auf den Themenkomplex Personalgewinnung den Finger in die Wunde gelegt. Jetzt besteht die Möglichkeit, Fragen zu stellen. - Herr Lange.

Abg. Hendrik Lange (DIE LINKE): Ich fange mit dem letzten Beitrag zur Personalgewinnung an. Ich habe die Frage, welche Vorstellungen und Forderungen es bei der Volksinitiative für die Ausweitung der Lehrerinnenausbildung und der Ausbildung von pädagogischen Mitarbeitern sowie für die Erarbeitung eines Fachprofils für die pädagogischen Mitarbeiter hier in Sachsen-Anhalt gibt. Welche Überlegungen gibt es da bei der Volksinitiative?

Wir als Linksfraktion haben auch darüber beraten, dass wir die Seminare nicht nur an zwei Standorten haben wollen, damit die zweite Phase der Lehrerinnenausbildung tatsächlich auch in der Fläche stattfinden kann. Für wie sinnvoll erachten Sie solche Vorüberlegungen?

Eva Gerth (VI): Es gibt ja eine Expertenkommission, der ich auch angehöre. Diese Expertenkommission hat durchaus auch schon Zahlen vorgelegt, die darlegen, in welche Richtung die Ausbildung ausgeweitet werden kann, also die reguläre Lehramtsausbildung. Ich meine, auch darüber reden wir schon sehr lange. Ich sage es einmal so: Mir steht es nicht zu, hier Vorwürfe zu machen. Aber es ist ja so, dass man über das ganze Thema auch schon sehr lange diskutiert. Auch deswegen lautet der Appell noch einmal, auch hier schnell zu reagieren.

Es ist so, dass wir in den nächsten fünf Jahren nicht einmal die Hälfte der Lehrkräfte ausbilden, die wir in Sachsen-Anhalt brauchen. Das heißt, in den nächsten fünf Jahren bringt das Thema Lehrerausbildung an den Universitäten für den aktuellen Lehrermangel kaum etwas. Das ist ein großes Problem und das ist auch ein Problem, das uns sagt, wir müssen für die nächsten fünf Jahre tatsächlich andere Lösungen finden, nicht nur für die Lehrerausbildung. Aber es muss nach den Zahlen der Expertenkommission jetzt tatsächlich auch geguckt werden, wo man diese Lehramtsausbildung hinkriegt und wie man genügend im Erstsemester Studierende für das Lehramt nach Sachsen-Anhalt kriegt.

Ich habe vorhin die Praktikumsplätze angesprochen. Ich denke, dass die Stadt Halle irgendwann mit der Ausbildung der Studierenden und mit der Bereitstellung der entsprechenden Praktikumsplätze überfordert ist. Also ich denke, dass man auch schon deswegen versuchen muss, die Ausbildung in die Fläche zu kriegen. Die Landeshauptstadt Magdeburg wäre hier eine Möglichkeit. Es ist kein Geheimnis, dass auch

ich der Meinung bin, die Ausbildung in Magdeburg weiterzuführen und die Angebote der Universität Magdeburg hierfür zu nutzen.

(Minister Marco Tullner: Die erste Phase!)

- Die erste Phase.

(Minister Marco Tullner: Sie haben von der zweiten Phase gesprochen!)

- Ja.

(Andreas Schumann, CDU: Man sperrt sich ja!)

- Es ging um beides, glaube ich. So habe ich das zumindest verstanden.

Ich denke, dass das ein wichtiger Grund ist. Und ich denke auch, dass es nicht möglich ist, auf den Punkt genau auszubilden, also jetzt feststellen zu wollen, wir brauchen im Jahr 2025 so und so viele Lehrkräfte und wir gucken jetzt, dass wir genauso viele Lehramtsstudierende und genauso viele Referendariatsplätze kriegen. Auch da ist ganz viel Bewegung dazwischen.

In der zweiten Phase ist es nicht ganz so einfach, glaube ich, weil sich tatsächlich viele Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst auf die Städte konzentrieren. Ich glaube schon, dass man hier attraktive Angebote machen muss, um auch Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst auf das Land zu kriegen. Das ist ein schwieriges Problem. Das sehe ich auch. Aber hier muss man, glaube ich, auch mit Vorverträgen und mit attraktiven Angeboten auch vonseiten der Kommune arbeiten bzw. die entsprechenden Schulen und die entsprechende Betreuung an den Schulen finden. Solange wir die Leute dorthin schicken und sagen, macht mal da euren Unterricht und dann kommt ihr wieder zurück, funktioniert das Ganze nicht.

Ich komme zu den pädagogischen Mitarbeiterinnen. Es geht hier um die Erzieherinnenausbildung. Auch hier muss das Bildungsministerium seine Hausaufgaben machen. Wie gesagt, die kommen alle aus einem Arbeitsverhältnis. Wir haben auch hier keine Reserven. Trotzdem kann pädagogisches Personal an vielen Stellen Mangelsituationen einfach entschärfen. Es kann also helfen, zur Verfügung stehen und Kinder auffangen. Also, da wären sie uns ganz besonders wichtig.

Es wäre schon notwendig, sowohl Erzieherinnen als auch Sozialpädagogen einzustellen. Auch hier gibt es sicherlich noch mehr Möglichkeiten, um mit der ganzen Geschichte umgehen zu können. Zum Beispiel wären auch Kooperationen mit den Horten der Kommunen eine Möglichkeit. Das wäre eine Möglichkeit, auf die man auf jeden Fall eingehen sollte.

Für die nächste Zeit ist es sicherlich wichtig, vernünftige Seiten- und Quereinsteigerprogramme zu machen. Ich glaube, hier müssen alle Seiten nicht immer wieder betonen, dass man nicht irgendwen in die Schulen lassen will, sondern dass man tatsächlich eine vernünftige Qualität haben will. Es ist doch unser Interesse und das Interesse der Eltern und der Lehrkräfte, zu sagen, wir brauchen Kolleginnen und Kollegen, mit denen wir rechnen können und die genau wissen, wie man pädagogisch arbeitet. Wir wollen also keinen in der Schule haben, der sozusagen nur mal kurz vorbeiguckt.

Meiner Erfahrung nach gibt es nur selten das Naturtalent, das ohne Weiteres als Lehrkraft einsteigen kann. Das heißt, auch hier muss es vernünftige Programme geben, notfalls auch einmal eine Ausschreibung, in der steht, wir suchen 100 Seiten- und Quereinsteiger, wir bieten euch die und die Qualifikation an und ihr kriegt Zeit dafür, weil ihr bloß in der Hälfte der Zeit in die Schule müsst und den Rest der Zeit Zeit habt für Qualifikation.

Auch hier hat Sachsen-Anhalt Erfahrungen. Wir haben schon einmal Fachhochschulabsolventen für den BBS-Bereich qualifiziert. Die sind damals zu zwei Dritteln ihrer Arbeitszeit in der Schule gewesen und hatten die Chancen, den wissenschaftlichen Hochschulabschluss und anschließend das Referendariat zu machen. Warum soll man nicht wieder auf so etwas zurückgreifen? Also, das wird sozusagen eher das Problem der nächsten Monate sein. Und, wie gesagt, wir müssen tatsächlich alle einstellen. Das ist der ganz große Appell: Wir müssen alle einstellen, die zu uns kommen, wirklich außerhalb von Haushaltsrestriktionen. Das ist ganz wichtig.

Abg. Hannes Loth (AfD): Ich habe eine Frage in Bezug auf die Inklusion und den Bedarf an pädagogischen Mitarbeitern, die geschult sind, um dort arbeiten zu können. Es ist nun das Staatsziel unserer Landesregierung, die Inklusion in den Regelschulen voranzutreiben. Meine Frage lautet: Wie schätzen Sie die Lage ein? Gibt es denn überhaupt genug pädagogisches Personal, das in der Lage ist, diese Herausforderung in Sachsen-Anhalt zu meistern?

Dr. Sören Messerschmidt (VI): Eigentlich sind wir da wieder bei der Kernfrage angekommen. Nein, es gibt nicht genug Personal dafür. Man muss schauen, wie es mit den pädagogischen Mitarbeitern lief, abgesehen von der Inklusion. Ich finde, das kann man zu allen Bereichen sagen.

Es war ja so, dass nach der Wende ein Großteil der sogenannten Hortnerinnen pädagogische Mitarbeiterinnen geworden sind. Das waren in erster Linie Kolleginnen. Die hatten wir dann eben. Die sind in all den Jahren im Schulsystem mitgelaufen und immer älter geworden. Wir hatten eigentlich viele Jahre lang, zumindest gefühlt, eine ganz gute Versorgung oder eine halbwegs ausreichende, sage ich einmal. Dementsprechend haben wir also nie gezielt pädagogische Mitarbeiterinnen ausgebildet.

Es gibt also kein Berufsfeld, keinen Ausbildungsberuf oder Studiengang, der pädagogische Mitarbeiterin heißt. Man kann eben schauen und sagen, ja, Sozialpädagogen, Erzieherausbildung oder Erzieherstudium würde dazu passen, ja, natürlich. Aber wir haben nie gezielt für unser Berufsfeld pädagogische Mitarbeiter ausgebildet. Insofern fehlen uns diese Kolleginnen zurzeit.

Wir müssten also - Frau Gerth hat das eben für die Lehrkräfte insgesamt erklärt - auch für pädagogische Mitarbeiterinnen schauen, wie können wir ausbilden, wo können wir ausbilden und wie können wir die dazu bringen, dann auch an den entsprechenden Schulen zu arbeiten und nicht nur in Halle oder Magdeburg eingesetzt sein zu wollen. Das ist also ein weites Feld der Betätigung, also auch in diesem Bereich. - Soweit okay?

Abg. Lydia Funke (AfD): Ich habe eine Frage zu der Problematik der Quereinsteiger, also zu deren Einstellung. Was stellen Sie sich von der Volksinitiative konkret vor? Welche harten Kriterien müssen die Quereinsteiger vorlegen? Reicht ein Bachelor-Abschluss? Muss der einen Master-Abschluss haben? Muss der mindestens in einem Fach in einem bestimmten Maße ausgebildet sein? Muss er bestimmte Scheine vorlegen usw.? Das würde mir jetzt beim Verständnis, was die Quereinsteiger betrifft, noch einmal weiterhelfen. - Danke.

Eva Gerth (VI): Ich denke, es ist vor allen Dingen wichtig, das Ziel zu definieren, also die Frage zu beantworten, wo müssen die hin. Die sollten dahin kommen, dass sie im Wesentlichen die Ausbildung haben, die eine vollständig ausgebildete Lehrkraft auch hat. Das heißt, sie müssen über eine entsprechende wissenschaftliche Ausbildung verfügen. Das heißt, man muss möglicherweise auch darüber nachdenken, wie man ihnen diese wissenschaftliche Ausbildung vermittelt, und zwar in Richtung Bildungswissenschaften und in Richtung Didaktik. Und Sie müssen natürlich am Ende auch die entsprechende Ausbildung durch Seminare haben.

Das heißt aus meiner Sicht, hier müssen entsprechende Programme für Seiten- und Quereinsteiger gestrickt werden, wenn man die tatsächlich haben will. Ich habe vorhin angedeutet, dass wir so etwas schon einmal hatten. Das heißt, man kann ohne Weiteres versuchen, diese Programme zusammenzustellen. Wir gehen davon aus, dass Seiten- und Quereinsteiger mindestens in einem Fach eine wissenschaftliche Hochschulausbildung haben, um sozusagen auch den Musiker, den Mathematiker oder die Informatikerin hier einstellen zu können, aber dann natürlich mit dem Angebot, weiter zu studieren bzw. entsprechend ins Seminar zu gehen.

Das Schulgesetz ist ja jetzt auch in der Diskussion. Es macht hier entsprechende Angebote, allerdings nur für Kolleginnen und Kollegen, die schon eine Zweifachausbildung haben, also für Kunsthistoriker oder so etwas in der Art. Hier würde ich auch dafür plädieren, dass man eben auch Seiteneinsteiger einstellt, die tatsächlich nur ein

Fach haben und die entsprechende Ausbildung dann noch dazu vermittelt. Also, das Ziel ist an der Stelle entscheidend und nicht erst einmal die Ausbildung, die wir jetzt schon haben. Das wäre sozusagen das Plädoyer an der Stelle.

Aber wie gesagt, wir wollen tatsächlich jemanden in den Schulen haben, der auch qualitativ gut unterrichten kann. Vieles an den Schulen ist weniger auf den fachlichen Hintergrund zurückzuführen, obwohl ich den auf jeden Fall nicht kleinreden will. Aber es ist oft so und ganz wichtig, dass wir die entsprechende didaktische und pädagogische Ausbildung haben. Darauf kommt es am Ende an. Das heißt, wir brauchen auch hier Programme, und ich gehe einmal davon aus, dass das auch irgendwie Geld kostet. Beide Universitäten haben jedenfalls schon signalisiert, dass sie auf jeden Fall bereit wären, solche Ausbildungen, auch solche Teilausbildungen, zu machen.

Thomas Jaeger (VI): Ich möchte auch noch einmal gern einen Appell an Sie alle richten. Sie haben heute früh gelesen, dass im letzten Jahr 18 000 neue Landeskinder geboren wurden, die uns irgendwann in den Schulen erreichen werden. Wie gesagt, wir haben hier eine historische Chance, alle Mann zusammen, parteiübergreifend, vielleicht Vorreiter zu sein. Wer interessiert ist, der sieht in den Bundesländern Sachsen und Thüringen, dass die Probleme dort an manchen Stellen noch massiver sind. Lasst uns doch einfach Vorreiter sein. Lassen Sie uns doch einfach gemeinsam Wege suchen, damit wir im Bereich Bildung wieder vorn sind.

Ich glaube, diese Eindrücke, die Sie jetzt von uns bekommen haben und mit denen wir beschrieben haben, wie es wirklich in den Schulen aussieht, sind vielleicht nur ein Bruchteil, den wir erklären konnten. Wichtig wäre es, dass die Kinder, die jetzt in der Schule sind und die wir vielleicht in fünf Jahren im Lehramt sehen wollen, erst einmal wieder das Gefühl bekommen, dass Schule Spaß machen kann und dass Lehren Spaß macht. Es wäre also auch wichtig, unser Bildungsministerium gerade bei der Gewinnung von neuen Lehrern schon im zeitigeren Alter zu unterstützen und auch den Lehrerberuf wieder attraktiv zu machen.

Also ich möchte einfach noch einmal appellieren: Lassen Sie einmal die Parteiarbeit weg. Sie sind hier ein Gremium. Vielleicht könnte man es schaffen. - Danke noch einmal.

Vorsitzende Christina Buchheim: Das war noch einmal ein Appell an uns alle, an alle Abgeordneten, an Herrn Minister Tullner und an die Vertreter der Landesregierung. Weitere Fragen habe ich jetzt nicht gesehen, sodass ich noch einige Hinweise zum weiteren Verfahren geben kann.

Angenommene Volksinitiativen, die keinen Gesetzentwurf zum Inhalt haben, sind vom Landtag innerhalb von vier Monaten nach der Bekanntmachung abschließend zu behandeln. Der Ausschuss kann Empfehlungen der für den Gegenstand der Volksinitiati-

ve sachlich zuständigen Ausschüsse des Landtages - das sind die heute hier anwesenden Fachausschüsse - sowie Gutachten von Sachverständigen einholen. Der Petitionsausschuss schließt seine Beratungen mit einer Beschlussempfehlung ab. Wir würden jetzt in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung eintreten und weiter über das Verfahren beraten.

Deshalb würde ich jetzt die vier Vertrauenspersonen der Volksinitiative verabschieden. Ich danke für Ihr Kommen, für Ihre klaren Worte und für Ihren Appell zum Abschluss. Ich hoffe und wünsche mir, dass wir hier gemeinsam eine Lösung finden. Ich denke, der Druck ist da. Er ist angekommen. Die 77 000 Unterschriften sind ein ganz klares Signal für uns, dass wir hier nun tätig werden und Lösungen finden. - Vielen Dank und einen guten Heimweg.

- Herr Loth, Sie hatten sich gemeldet. Das habe ich jetzt nicht mitbekommen. - Sie wollen doch noch eine Frage stellen.

Abg. Hannes Loth (AfD): Ich will nur die Anmerkung machen, dass ich jetzt ein bisschen enttäuscht bin, weil der Minister öffentlich wirklich nichts mehr dazu sagt und den Leuten von der Volksinitiative hier nicht Rede und Antwort steht, weil es mich interessiert hätte, wie er vor diesen Leuten argumentiert, weil das noch eine andere Situation ist, als sie es gleich sein wird. Das macht mich jetzt sehr traurig und betrübt.

Vorsitzende Christina Buchheim: Gut. Diese Kritik haben wir zur Kenntnis genommen. Es hat jeder die Möglichkeit, das Wort zu ergreifen. Tut er es nicht, können wir es nicht ändern.

Dann würden wir jetzt die Nichtöffentlichkeit herstellen. Ich bitte auch die Vertreter der Presse, den Saal zu verlassen. Ich schließe damit den öffentlichen Teil der Sitzung.

Schluss des nichtöffentlichen Teils der Sitzung: 11:19 Uhr.